

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHENBERICHT

34. Jahrgang

Berlin, den 28. April 1967

Nummer 16/17

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1967

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Institut für Konjunkturforschung), Berlin

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung,
Braunschweig-Völkenrode

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Hamburg

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Essen am 21. April 1967

Die Lage der Weltwirtschaft

Die konjunkturelle Expansion der Weltwirtschaft hat sich seit dem Herbst 1966 deutlich verlangsamt. In Nordamerika ist die Gesamtnachfrage im laufenden Jahr nur noch wenig gestiegen; in Westeuropa haben die seit längerer Zeit retardierenden Faktoren zunehmend Einfluß gewonnen. Die weltwirtschaftliche Abschwächung schlug sich in einer verringerten Zunahme des Welthandels und in einem fortgesetzten Rückgang der Rohstoffpreise nieder. Die sinkende Auslastung der Ressourcen veranlaßte die wirtschaftspolitischen Instanzen, die restriktive Wirtschaftspolitik vorsichtig zu lockern.

Rückgang der privaten Investitionen, weiterhin starke Expansion der öffentlichen Ausgaben in den Vereinigten Staaten

In den Vereinigten Staaten ist das konjunkturelle Wachstum in den letzten Monaten fast zum Stillstand gekommen. Das Bruttosozialprodukt ist saisonbereinigt im ersten Quartal dieses Jahres gegenüber dem letzten Quartal vorigen Jahres zwar nominal mit einer Jahresrate von gut 2½ vH angestiegen, hat sich aber real kaum verändert. Die stärksten kontraktiven Wirkungen gingen von den zurückhaltenden Lagerdispositionen aus, aber auch die ge-

werblichen Anlageinvestitionen sind im ersten Quartal offenbar rückläufig gewesen.

Dagegen hat sich das Wachstum des privaten Verbrauchs wieder etwas beschleunigt, wobei allerdings die Ausgaben für dauerhafte Güter weiter zurückgegangen sind. Diese Entwicklung der Konsumentenausgaben war nicht zuletzt durch Steuerrückzahlungen bei kaum vermindertem Anstieg der persönlichen Einkommen bedingt.

Von den öffentlichen Ausgaben gingen weiterhin stark expansive Kräfte aus, die jedoch für ein befriedigendes gesamtwirtschaftliches Wachstum nicht ausreichten. Zwar gaben Befragungen Anfang des Jahres zu erkennen, daß die Unternehmer für den weiteren Verlauf des Jahres mit einem Anstieg ihrer Umsätze rechneten. Jedoch gibt es bis jetzt keine deutlichen Anzeichen, daß sich diese relativ optimistischen Erwartungen erfüllen werden. So erscheint es angesichts der bisherigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zweifelhaft, ob die privaten Bau- und Ausrüstungsinvestitionen — nach einem leichten Rückgang im ersten Halbjahr — wie geplant, im zweiten Halbjahr erneut zunehmen werden. Kann auch davon ausgegangen werden, daß die im vorigen Jahr ausgesetzten Steuerprämien für Investitionen wieder eingeführt werden, so dürften doch in der gegenwärtigen Lage die Absatzerwartungen der Unternehmer die entscheidende Rolle spielen.

Ähnliche Erwägungen gelten für die Entwicklung der Lagerhaltung. Im vergangenen Jahr haben sich bei schwach wachsendem Absatz die Lagerbestände unfreiwillig erhöht. Eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen den — immer noch überhöhten — Lagerbeständen und Umsätzen könnte zu einem weiteren Rückgang der Lagerinvestitionen, wenn nicht sogar zu einem Lagerabbau führen. Im Gegensatz hierzu ist als Folge der zunehmenden Lockerung der Kreditpolitik mit einer Belebung der Wohnungsbauinvestitionen zu rechnen. Auch die Gesamtnachfrage der Konsumenten wird weiter steigen, jedoch dürften bei sich abschwächender Einkommensentwicklung die Zuwachsraten geringer sein als im Vorjahr. Ein stark expansiver Faktor wird weiterhin die öffentliche Hand sein, deren Ausgaben bei der jetzigen politischen Situation unvermindert kräftig zunehmen werden.

Wenn diese Entwicklung der Staatsausgaben eine starke Verlangsamung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums auch nicht verhindern wird, so trägt sie doch zur konjunkturellen Stützung der Gesamtnachfrage bei und bildet damit eine Voraussetzung für die Überwindung der derzeitigen konjunkturellen Schwächetendenzen. Dies ist freilich sehr weitgehend von wirtschaftspolitischen Faktoren abhängig, die sich schwer voraussehen lassen. Ferner sind die Einflüsse, die vom Vietnam-Krieg ausgehen werden, ungenügend abzuschätzen.

Die Aussichten, im derzeitigen Konjunkturzyklus Vollbeschäftigung zu erreichen, haben sich wieder verschlechtert. Die Arbeitslosenquote von etwas weniger als 4 vH hat sich seit Anfang vorigen Jahres kaum noch verändert. Sie dürfte auch in absehbarer Zeit nicht mehr sinken.

Günstige Auswirkungen hatte die konjunkturelle Abschwächung auf die besonders konjunkturabhängigen Preise; so gingen die Preise der dauerhaften Güter zurück. Gleichzeitig sanken die Nahrungsmittelpreise. Trotzdem stieg infolge einer anhaltenden Verteuerung der Dienstleistungen, des Wohnungsbaus und anderer arbeitsintensiver Produktionsleistungen das Gesamtniveau der Verbraucherpreise geringfügig weiter an. Wesentlich stärker erhöhte sich der Preisindex des Sozialprodukts, weil vor allem die Preise für die vom Staat nachgefragten Waren und Dienstleistungen anzogen. Aufgrund steigender Löhne dürften bei den Preisen für lohnintensive Güter und Dienste weitere Anhebungen zu erwarten sein, so daß die Preissteigerungstendenzen auch 1967 anhalten werden.

Die Verlangsamung des allgemeinen wirtschaftlichen Wachstums in den Vereinigten Staaten hat sich nachhaltig auf die Importentwicklung ausgewirkt. Der bis Mitte vorigen Jahres außerordentlich kräftige Importboom, der durch Zuwachsraten bis zu 18 vH pro Jahr gekennzeichnet war, ist in einen relativ schwachen Anstiegstrend übergegangen. Eine weitere Abschwächung ist nicht unwahrscheinlich. Da sich das Wachstum der Exporte von Gütern und Diensten weniger stark verlangsamten wird, ist eine Besserung der Leistungsbilanz zu erwarten. Trotzdem wird sich das Zahlungsbilanzdefizit nicht beseitigen lassen, da die außergewöhnlich hohen Zuflüsse kurzfristigen Auslandskapitals des vergangenen Jahres nicht anhalten werden.

Konjunkturdämpfung in Westeuropa greift um sich

In Westeuropa haben sich seit dem Herbst 1966 die dämpfenden Einflüsse merklich verstärkt. Das Wachstumstempo des realen Bruttosozialprodukts hat sich bis auf eine Jahresrate von 2 bis 3 vH verlangsamt. Ausschlaggebend war die Konjunktorentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien. Aber auch in den meisten kleineren Volkswirtschaften schwächte sich die Expansion spürbar ab. In Frankreich waren die Auftriebskräfte zwar noch relativ stark, doch macht sich seit einiger Zeit eine Dämpfung bemerkbar. Allein in Italien setzte sich der Aufschwung etwa unverändert fort.

In den meisten Volkswirtschaften blieb die Produktionssteigerung mehr oder minder hinter der Entwicklung des Potentials zurück. Der Preisauftrieb hat sich in einigen Ländern verringert. Die wirtschaftspolitischen Instanzen lockerten die vor allem in der Geld- und Kreditpolitik bestehenden Restriktionen.

Die konjunkturelle Abkühlung zeigte sich deutlich auf den Arbeitsmärkten. Fast allgemein ging der Anstieg der Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten über das saisonübliche Maß hinaus. Das galt vor allem für die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien, aber in geringerem Umfang auch für Frankreich. Die Entwicklung der Beschäftigung wurde auch dadurch bestimmt, daß die Unternehmen schneller als in früheren Phasen verlangsamten Wachstums Arbeitskräfte entließen.

Die Veränderung der Arbeitsmarktlage schlug sich bisher nur vereinzelt in der Lohnentwicklung nieder, nicht zuletzt deshalb, weil vielfach noch früher vereinbarte Tarifierhöhungen wirksam wurden. Immerhin war der Lohnauftrieb in den wichtigsten Volkswirtschaften mit Zuwachsraten von 4 bis 6 vH gegenüber dem Vorjahr (Stundenlöhne in der Industrie) relativ mäßig.

Der Preisanstieg hat seit dem Herbst 1966 weiter nachgelassen. Die Großhandelspreise für industrielle Erzeugnisse blieben in den meisten Ländern nahezu stabil; darin wirkte sich u. a. die rückläufige Tendenz der Weltmarktpreise für Rohstoffe aus. Weniger stark war die Dämpfung des Auftriebs der Verbraucherpreise. Zwar lagen die Preise in den ersten Monaten d. J. in Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien und den Niederlanden nur um 2 bis 3 vH höher als vor Jahresfrist, aber in den übrigen Ländern erreichte der Anstieg der Verbraucherpreise weiterhin 4 vH und mehr. Unterdurchschnittlich verteuerten sich Nahrungsmittel.

Die konjunkturelle Abschwächung in fast allen Ländern ging vor allem von den privaten Ausrustungsinvestitionen aus. Unter dem Einfluß der früher ergriffenen restriktiven Maßnahmen und der verschlechterten Absatz- und Gewinnerwartungen ließ die Investitionsneigung erheblich nach. Ausnahmen bildeten Italien und Frankreich. Während in Italien die Unternehmererwartungen im Zuge des anhaltenden Aufschwungs optimistisch blieben, wirkten sich in Frankreich noch die bis Ende vergangenen Jahres geltenden Maßnahmen zur Investitionsförderung aus. Die private Bautätigkeit blieb auch weiterhin durch eine gedämpfte Entwicklung gekennzeichnet.

Auch der Anstieg des privaten Verbrauchs verlangsamte sich in den meisten Ländern merklich; die wichtigste Ausnahme bildete Italien, wo der private Verbrauch anhaltend kräftig stieg. Darin schlug sich die abgeschwächte Zunahme der Haushaltseinkommen infolge der ungünstigeren Beschäftigungssituation und des teilweise verringerten Lohnanstiegs nieder. Verschiedentlich wirkte sich auch eine erhöhte Sparneigung auf die Konsumententwicklung aus.

Im Gegensatz zur privaten Nachfrage expandierte die staatliche Nachfrage in fast allen Ländern unverändert oder gar noch verstärkt. Das trifft vor allem für die öffentlichen Investitionen zu. Sie wurden teils im Rahmen langfristiger Planungen bzw. früher ergriffener Ankurbelungsprogramme, teils bereits als Maßnahme gegen die augenblickliche konjunkturelle Abschwächung überwiegend kräftig erhöht.

Die Einfuhr Westeuropas aus der übrigen Welt stieg als Folge der Nachfragedämpfung konjunkturell kaum noch, während die Ausfuhr weiterhin rasch zunahm. Insgesamt empfing also die Einkommensbildung in Westeuropa Impulse aus dem Leistungsaustausch mit der übrigen Welt. Im inner-europäischen Handel überwogen, ausgehend vor allem von Frankreich und Italien, die expansiven Tendenzen. Anregend wirkte sich um die Jahreswende auch der Fortfall des Sonderzolls in Großbritannien aus.

Auch im Sommerhalbjahr 1967 wird das Wirtschaftswachstum in Westeuropa mit einer Zunahme des Brutto sozialprodukts von etwa $2\frac{1}{2}$ vH (real, auf Jahresbasis) unverändert schwach sein. Entscheidend bleibt dafür die ungünstige Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in den übrigen Volkswirtschaften wird — abgesehen von Italien — die Expansion gedämpft verlaufen. Bremsende Einflüsse gehen vor allem von der privaten Investitionstätigkeit aus, deren Volumen in einer Reihe von Ländern den Vorjahresstand unterschreiten wird. Darüber hinaus wirkt auch die rückläufige Einfuhrnachfrage der Bundesrepublik Deutschland hemmend auf das Wirtschaftswachstum ihrer Handelspartner.

Verlangsamte Zunahme des Welthandels

Die Expansion des Welthandels setzte sich in jüngster Zeit verlangsamt fort. Die Zunahme der Welterfuhr (ohne Ostblockländer) ging von 10,7 vH im ersten Halbjahr 1966 auf etwa 8,5 vH im zweiten Halbjahr 1966 zurück. Diese Abschwächung beruhte vor allem auf der Einfuhrentwicklung der westeuropäischen Industrieländer, deren Importe im zweiten Halbjahr 1966 nur um 5,5 vH (erstes Halbjahr 1966: rd. 10 vH) über ihrem entsprechenden Vorjahresstand lagen. Auch die Importe der Vereinigten Staaten nahmen konjunkturell weniger stark zu. Dagegen beschleunigte sich das Wachstum der Einfuhren Japans auf eine Rate von 21,5 vH gegenüber rd. 12 vH im ersten Halbjahr 1966, während sich die Importe der entwickelten Agrarländer etwa auf dem Vorjahresstand hielten.

Die im ganzen gesehen nicht mehr so günstige Nachfrageentwicklung auf den internationalen Gütermärkten beeinträchtigte die Ausfuhr sowohl der Industrieländer als auch der Entwicklungsländer. Die Exporte der westeuropäischen Länder über-

schrritten im zweiten Halbjahr 1966 um rund 8 vH ihren Vorjahresstand (erstes Halbjahr 1966: knapp 10 vH). Dabei war kennzeichnend, daß der Handel innerhalb dieser Ländergruppe (OECD-Länder), der in den letzten Jahren stark zugenommen hatte, konjunkturell schwächer expandierte. Es war den noch relativ günstigen Absatzbedingungen in Nordamerika zuzuschreiben, daß sich dies nicht entsprechend in der Gesamtausfuhr Westeuropas widerspiegelte. Aus der unterschiedlichen Entwicklung der Importe und der Exporte ergab sich für Westeuropa ein tendenzieller Rückgang des Handelsbilanzdefizits. Nachdem die Vereinigten Staaten noch im ersten Halbjahr 1966 ihre Ausfuhr um 14 vH gegenüber dem Vorjahr steigern konnten, belief sich die Zunahme im zweiten Halbjahr 1966 nur auf 7,5 vH.

Der Außenhandel der Entwicklungsländer entsprach wiederum nicht dem Erfordernis einer stärkeren Einschaltung in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung. Infolge des unbefriedigenden Absatzverlaufs und rückläufiger Preise auf den Rohstoffmärkten schwächte sich das Wachstum ihrer Ausfuhren von 8,5 vH im ersten auf 3,5 vH im zweiten Halbjahr 1966 ab. Dabei wirkte sich auch besonders ihre einseitige Exportstruktur (Anteil der Rohstoffe etwa 90 vH) und die geringe Preiselastizität ihres Angebots nachteilig aus. Der Anteil der Entwicklungsländer an der Weltausfuhr ging im Jahr 1966 leicht zurück.

Die weniger stark steigenden Exporterlöse veranlaßten die Entwicklungsländer bisher nicht, ihr Einfuhrwachstum entsprechend zu drosseln. Da ihre Devisenlage gegenwärtig etwas besser ist als in den vergangenen Jahren, dürfte in den nächsten Monaten mit einer etwa gleichbleibenden Einfuhrzunahme — schätzungsweise in der Größenordnung von jährlich 5 bis 6 vH — zu rechnen sein.

Preise der industriellen Rohstoffe und der Nahrungsmittel überwiegend rückläufig

Das verlangsamte Wachstum in den Industrieländern der westlichen Welt wirkte sich in einer im Vergleich zum Vorjahr nur noch wenig steigenden Nachfrage nach industriellen Rohstoffen aus. Namentlich in der zweiten Hälfte 1966 blieb die Nachfragezunahme auf den Weltmärkten hinter der verringerten Verbrauchssteigerung zurück, da die Rohstoffverarbeiter teilweise ihre Lager abbauten.

Es ist jedoch anzunehmen, daß die Lagerbestände bei vielen Verarbeitern inzwischen auf einen relativ niedrigen Umfang abgesunken sind, so daß die laufende Nachfrage wieder mehr der Verbrauchsentwicklung entspricht. Gleichzeitig nimmt das Angebot aufgrund von Kapazitätsausweitungen, die unter dem Einfluß der in den letzten Jahren ständig steigenden Nachfrage vorgenommen wurden, weiter zu. Gewisse Störungen in der Versorgung einzelner NE-Metallmärkte konnten in letzter Zeit beseitigt werden, so daß auch hier das Weltmarktangebot allgemein als reichlich angesehen werden kann.

Das durchschnittliche Preisniveau auf den Märkten der industriellen Rohstoffe liegt zur Zeit um etwa 10 vH unter dem Vorjahresstand. Die Preise der NE-Metalle wurden zu Frühjahrsbeginn um etwa ein Drittel unterschritten. Bei Naturkautschuk

hielt der Druck auf die Preise unter einer verringerten Nachfrage der Automobilindustrie an. Auch auf den Märkten der Textilrohstoffe sowie auf dem Häutemarkt waren — von wenigen Ausnahmen abgesehen — die Preise rückläufig. Bei nur langsam steigender Nachfrage werden die Preise voraussichtlich weiter sinken.

Das Angebot auf den internationalen Nahrungsmittelmärkten hat sich 1966/67 wieder erheblich erhöht. Die Weltweizenenernte erreichte nach bisher vorliegenden Meldungen einen neuen Rekordstand; die Nachfrage wird voraussichtlich niedriger sein als im Vorjahr. Bei Zucker hat sich das Überangebot noch verstärkt. Die Weltproduktion an pflanzlichen Ölen und Fetten, die 1966 nur wenig höher als im Vorjahr war, wird 1967 voraussichtlich um etwa 5 vH zunehmen. Insgesamt lassen auf den Nahrungs- und Genußmittelmärkten höhere Marktbelieferungen mit tierischen Erzeugnissen auf ein schneller zunehmendes Angebot schließen. Da eine stärkere Ausweitung der Nachfrage unwahrscheinlich ist, muß mit weiter nachgebenden Preisen in den nächsten Monaten gerechnet werden.

Ausblick

Die Wirtschaft der Industrieländer der westlichen Welt steht im Zeichen gedämpfter Aktivität. Im Durchschnitt aller Volkswirtschaften dürfte das Bruttosozialprodukt 1967 real um nicht mehr als 3 vH gegenüber 1966 wachsen. In den meisten Ländern steigt das Produktionspotential schneller als die Nachfrage. Die Kapazitätsauslastung des Anlagevermögens hat daher überwiegend sinkende Tendenz, und die Zahl der Arbeitsuchenden übertrifft gleichzeitig die der offenen Stellen.

Die konjunkturelle Kräftekonstellation in der Weltwirtschaft unterscheidet sich damit von der vergangener Jahre. Phasen konjunktureller Abschwächung, in denen das Produktionspotential durch die Nachfrage nicht ausgelastet ist, waren in einzelnen Volkswirtschaften schon wiederholt zu verzeichnen. Erstmals seit vielen Jahren trifft gegenwärtig aber ein Nachfragemangel in zahlreichen europäischen Ländern zeitlich mit Ermüdungserscheinungen in den nordamerikanischen Volkswirtschaften zusammen. Das Wechselspiel von anregenden und retardierenden Auslandseinflüssen, die sich über Waren- und Leistungsströme von Land zu Land übertragen, hat nicht nur in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa, sondern auch zwischen den europäischen Volkswirtschaften an Bedeutung verloren. Damit fällt aber auch ein Wachstumsstimulus aus, das während der vergangenen Jahre in

den einzelnen Ländern in Phasen konjunktureller Abschwächung immer wieder sehr wirksam gewesen und als „Konjunkturschaukel“ bekanntgeworden ist.

Zwar ist ein internationaler Gleichschritt unter Zahlungsbilanzgesichtspunkten durchaus erwünscht, jedoch kann er auf flachem Wachstumspfad, wie er sich jetzt abzeichnet, nicht als eine befriedigende Wirtschaftsentwicklung angesehen werden. Ausschlaggebend für die allgemeine Wachstumsabschwächung dürfte eine veränderte wirtschaftspolitische Einstellung in den führenden Volkswirtschaften sein: Expansionspolitik auf der einen, Restriktionspolitik auf der anderen Seite werden aufgrund des zunehmenden internationalen Wettbewerbs stärker auf die Erhaltung bzw. Wiedererlangung der internationalen Konkurrenzfähigkeit ausgerichtet. Die unvollständige Ausnutzung des Wachstumspotentials wird dabei in Kauf genommen. Nicht ausschließen läßt sich auch die Möglichkeit, daß die Unternehmer in einigen europäischen Ländern, die sich nach Jahren fast ununterbrochenen Aufschwungs erstmals stärkeren Rezessionserscheinungen ausgesetzt sahen, weniger positiv auf wirtschaftspolitische Anregungen reagiert haben, als von der Wirtschaftspolitik aufgrund früherer Erfahrungen unterstellt worden ist.

Die ungewohnte Situation eines tendenziellen Gleichschritts auf flachem Wachstumspfad bürdet der Wirtschaftspolitik erhöhte Verantwortung auf. Sie kann heute weniger mit „glücklichen Zufällen“ rechnen und wird daher aktiver gestaltend auf den Wirtschaftsablauf Einfluß nehmen müssen, wenn wieder ein stärkeres Wachstum erreicht werden soll.

Wirtschaftswachstum ist zwar kein Ziel an sich, aber ein wichtiges Mittel zur Verwirklichung vorrangiger ökonomischer und gesellschaftspolitischer Ziele. Binnenwirtschaftlich ist dabei nicht nur an die Hebung des Lebenshaltungsniveaus im wohlverstandenen Sinne — Steigerung nicht nur des materiellen und individuellen Konsums — zu denken, sondern auch an die Bewältigung der vielfältigen Struktur- und Verteilungsprobleme, die ein wachsendes Sozialprodukt fraglos erleichtert. Aber auch ein zügiger Entwicklungsprozeß der heute materiell noch benachteiligten Wirtschaftsräume hat befriedigendes Wirtschaftswachstum in den Industrieländern zur Voraussetzung; nur dann nämlich können diese den Entwicklungsländern ausreichende Absatzmöglichkeiten für ihre Produkte bieten und genügend Mittel für Hilfeleistungen aufbringen.

Die Lage der wesideutschen Wirtschaft

Vor einem halben Jahr wurde an dieser Stelle die Sorge geäußert, daß sich das wirtschaftliche Wachstum im Laufe des Jahres 1967 stark abschwächen werde. Tatsächlich ist es erstmals seit dem Kriege sogar zu einem Rückgang gekommen. Die Nachfrage war so schwach, daß die konjunk-

turelle Entwicklung seit Monaten rezessive Züge trägt. Zwar hat die Regierung Anfang des Jahres ein Programm eingeleitet, das den Konjunkturrückschlag abfangen und eine Wende einleiten soll; die Durchführung der Maßnahmen hat sich aber sehr verzögert.

In der Industrie und im Baugewerbe hat sich die Produktion in den letzten Monaten erheblich verringert, die Dienstleistungsbereiche expandierten dagegen bis zuletzt und überdeckten im Gesamtergebnis den Ernst der konjunkturellen Lage.

Starker Beschäftigungsrückgang

Die Zahl der Erwerbstätigen ist bereits im zweiten Halbjahr 1966 gesunken; Ende März unterschritt sie den Vorjahresstand um fast 3 vH; das entspricht einer Abnahme von rund 700 000 binnen Jahresfrist. Dabei wiegt besonders schwer die Zunahme der Arbeitslosenzahl um rund 400 000 (einschl. 30 000 Gastarbeiter), das sind 2 vH der Arbeitnehmer. Verglichen mit dem Stand von März 1966 hat sich die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte um rund 150 000 verringert. Darüber hinaus müssen erhebliche Abgänge in Rechnung gestellt werden, die ebenfalls nicht zu „sichtbarer“ Arbeitslosigkeit geführt haben. Schließlich haben zahlreiche Betriebe Kurzarbeit eingeführt. Zusammen mit den tariflich vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen dürfte das Arbeitsvolumen aller Erwerbstätigen gegenwärtig um annähernd 4 vH niedriger sein als vor einem Jahr.

Nur noch geringer Preisanstieg

Unter dem Druck der rezessiven Tendenzen hat der Preis- und Kostenauftrieb weitgehend nachgelassen. In der Industrie, die am härtesten vom Nachfragerückgang betroffen wurde, ist das Preisniveau seit Mitte 1966 leicht rückläufig. Dabei haben die Preise am stärksten in den Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien nachgegeben.

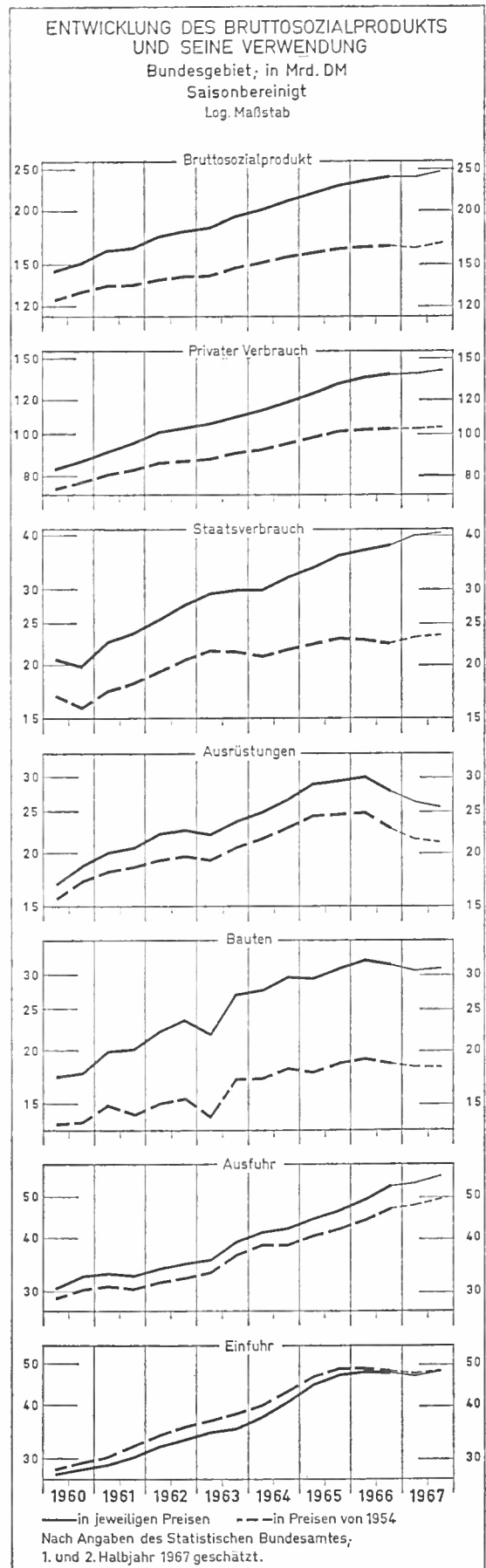
Hierzu trug die Entwicklung auf den Weltmärkten für Rohstoffe, besonders für Metalle, bei. Auf dem Baumarkt sind die Preise ebenfalls gesunken; das gilt nun — zum erstenmal seit 1953 — sogar für den Hochbau. Auch auf den verbrauchsnahe Märkten hat sich der Preisanstieg stark abgeschwächt.

Die Löhne und Gehälter steigen tariflich und effektiv nur noch langsam. Bei den in den letzten Monaten abgeschlossenen Lohn- und Gehaltstarifen betragen die vereinbarten Steigerungen 3 bis 4 vH gegenüber rund 7 vH im Jahresdurchschnitt von 1966.

Investitionstief

Am stärksten treten die rezessiven Tendenzen bei den Investitionsgüterindustrien in Erscheinung. Die Restriktionspolitik schlug hier besonders durch, da die Auftragswelle ihren Höhepunkt schon überschritten hatte und bei sinkender Produktion sowie steigenden Kapazitäten die Investitionsneigung ohnehin abnimmt.

Die geringe Investitionsneigung der gewerblichen Wirtschaft hat sich auch in der Vergabe von Bauaufträgen und in der Bautätigkeit niedergeschlagen. Weniger stark als die gewerblichen Bauinvestitionen ließ der Wohnungsbau nach. Ins Gewicht fiel vor allem der Rückgang im öffentlichen Bau; die stützenden Impulse aus dem Eventualhaushalt waren noch nicht wirksam. Neben der schleppenden Durchführung des Eventualhaushalts hemmten auch die teilweisen Ausgabensperren für die noch nicht



verabschiedeten Haushalte eine vermehrte Auftragsvergabe der öffentlichen Hand.

Insgesamt gingen die Investitionen — einschließlich der Vorratsänderungen — erheblich zurück.

Die schwache Investitionsbereitschaft, die Verringerung der Lagerhaltung, mitbedingt durch die vorsichtigen Dispositionen des Handels, haben die Wareneinfuhr weiter sinken lassen; zudem ist der Einfuhrbedarf an Ernährungsgütern nochmals kleiner geworden.

Die Nachfrageabschwächung im Inland hatte nicht nur sinkende Einfuhren zur Folge, sondern erhöhte auch die Exportbemühungen der Wirtschaft. Allerdings hat sich unter dem Einfluß der konjunkturellen Abschwächung im Ausland in letzter Zeit auch das Ausfuhrwachstum verlangsamt.

Geringe Expansion des privaten Verbrauchs

Mehr und mehr griff die Konjunkturschwäche auch auf den privaten Verbrauch über. Der Rückgang der Beschäftigung und der weitgehende Abbau von übertariflichen Lohnzuschlägen ließen das Einkommen aus unselbständiger Arbeit nur noch wenig steigen. Das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nahm ebenfalls kaum zu. Obwohl die öffentlichen Einkommensübertragungen sich unvermindert erhöhten, wuchs das verfügbare Einkommen nur schwach. Zudem war die Spartätigkeit der privaten Haushalte im Vergleich zu dem niedrigen Ergebnis im Vorjahr hoch und die Verschuldungsbereitschaft gering.

Haushaltsdefizite

Immer stärker wirkte sich die konjunkturelle Flaute auch auf die Einnahmen der öffentlichen Hand aus. Die Ausgabenexpansion hielt zwar an, reichte aber nicht aus, die konjunkturelle Abschwächung der Gesamtwirtschaft aufzuhalten. Unvermindert rasch wuchsen der Staatsverbrauch und die Einkommensübertragungen an die privaten Haushalte. Ausschlaggebend hierfür war, daß neben dem weiterhin starken Wachstum der Sozialversicherungsrenten die Arbeitslosenversicherung höhere Zahlungen zu leisten hatte; ferner wurden die Leistungen der Kriegsoferversorgung verbessert. Dagegen nahmen die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung infolge des geringeren Anstiegs der Arbeitseinkommen nur noch sehr schwach zu. Diese Entwicklung führte, besonders in der Renten- und Arbeitslosenversicherung, zu erheblichen Defiziten, nachdem diese beiden Versicherungszweige im vergangenen Jahr noch Überschüsse erzielt hatten.

Infolge der nur noch langsam steigenden Einnahmen und der zumindest unverändert wachsenden Ausgaben hat sich — ähnlich wie schon gegen Ende des vergangenen Jahres — der Spielraum für die Eigenfinanzierung von öffentlichen Investitionen vermindert. Bei dem nunmehr beschleunigten Einsatz der Mittel aus dem Eventualhaushalt werden die öffentlichen Investitionen rasch steigen.

Die Bundesbank hat die Voraussetzung für die Finanzierung des Eventualhaushalts geschaffen. Sie hat den Diskontsatz und die Mindestreservesätze wiederholt gesenkt; außerdem hat sie sich bereit erklärt, konjunkturbedingte Einnahmeausfälle im Bundeshaushalt decken zu helfen.

Für die Richtung der weiteren konjunkturellen Entwicklung kommt den öffentlichen Ausgaben die entscheidende Bedeutung zu, denn im Bereich der privaten Investitionen überwiegen — je länger um so mehr — die rezessiven Tendenzen.

Entgegen einer weitverbreiteten Ansicht führen Defizite, die aus konjunkturbedingten Einnahmeausfällen resultieren, von sich aus nicht zu einer Umkehr der konjunkturellen Abwärtsentwicklung, da sie nur den konjunkturellen Abschwung bremsen. Die Bundesregierung hat daher zu Recht eine Verstärkung des Wachstums ihrer Gesamtausgaben mit Hilfe des Eventualhaushalts vorgesehen. Da die Bundesbank die Finanzierung der Aufträge so sichert, daß die Tendenzen zu Zinssenkungen nicht gestört werden, ist der expansive Effekt des Eventualhaushalts gewährleistet.

Ausblick

Die wirtschaftliche Entwicklung wird im zweiten Vierteljahr noch weitgehend durch die rezessiven Tendenzen gekennzeichnet sein, die schon im ersten Vierteljahr zu beobachten waren; die Durchführung des Eventualhaushalts verzögert sich, die Wirkungen werden erst nach Jahresmitte eintreten. Dem anhaltend starken Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen wird noch keine nennenswerte Verlangsamung im Rückgang der Bauinvestitionen, geschweige denn eine Belebung gegenüberstehen.

Im weiteren Verlauf des Jahres werden die konjunkturpolitischen Maßnahmen und die Senkung des Zinsniveaus wirksam werden. Etwa drei Fünftel des Eventualhaushalts in Höhe von insgesamt 2,5 Mrd. DM, wie auch die zu erwartenden 660 Mill. DM aus der Erhöhung der Mineralölsteuer werden zur Bauwirtschaft fließen, insbesondere zum Tiefbau. Demgegenüber wird sich die Nachfrage nach Hochbauten weiter, wenngleich abgeschwächt, verringern. Auch der öffentliche Hochbau wird vom Investitionshaushalt begünstigt werden; ihm dürfte zudem zugute kommen, daß sich die Verschuldungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand durch den Rückgang der Kapitalzinsen erweitern werden.

Der Wohnungsbau dürfte nur wenig zurückgehen, da die hohen Bauüberhänge, der Zufluß von Mitteln aus dem Investitionshaushalt und die Verbilligung der Hypothekenzinsen einer stärkeren Abschwächung entgegenwirken. Die Nachfrage nach gewerblichen Bauten wird dagegen voraussichtlich vorerst weiter kräftig nachlassen.

Insgesamt werden die Bauinvestitionen konjunkturell steigen, das Vorjahresniveau vor Jahresende aber kaum wieder erreichen.

Weniger günstig als die Bauinvestitionen werden sich die Ausrüstungsinvestitionen entwickeln.

Da im verarbeitenden Gewerbe die Produktionskapazitäten noch nicht befriedigend ausgelastet sein werden, dürfte die Neigung der Unternehmer, Erweiterungsinvestitionen vorzunehmen, gering bleiben. Andererseits kann damit gerechnet werden,

daß sich die Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen eher verstärken. Hierfür sprechen die zusätzlichen Abschreibungsmöglichkeiten sowie die Verbilligung der Fremdfinanzierung. Im verarbeitenden Gewerbe dürften die Ausrüstungsinvestitionen im ganzen trotzdem leicht zurückgehen.

In der Bauwirtschaft, in der die Produktion voraussichtlich etwas zunehmen wird, dürfte sich der außergewöhnlich starke Rückgang der Geräteanschaffung abschwächen, vielleicht sogar zum Stillstand kommen. Bundesbahn und Bundespost werden ihre Investitionen erheblich steigern, da ihnen aus dem Eventualhaushalt stattliche Mittel zufließen. Insgesamt dürfte die Nachfrage der Investoren im späteren Verlauf des Jahres nicht mehr abfallen.

Obwohl der Auftragseingang aus dem Ausland in den letzten Monaten nahezu stagnierte, wird man angesichts der anhaltenden, wenn auch abgeschwächten, Expansion in wichtigen Partnerländern bald wieder mit einer Zunahme rechnen dürfen. Sie wird indes nicht mehr so stark sein wie zuvor, da sich die Impulse, die von der konjunkturellen Entwicklung in den USA, in Frankreich und in den Beneluxländern ausgingen, abschwächen.

Bei zunächst noch abwärts gerichteter Produktion und sinkender Preistendenz auf den Weltrohstoffmärkten besteht für die Verarbeiter von Rohstoffen und Halbwaren kein Anlaß, die Importe zu steigern. Mit der allgemeinen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage werden die Importe gegen Ende des Jahres konjunkturell wieder zunehmen.

Der Überschuß im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland, der im ersten Halbjahr schätzungsweise 7 Mrd. DM betragen wird, wird trotzdem vermutlich auf 8 Mrd. DM steigen.

Von den staatlichen Transaktionen werden zunächst recht kräftige expansive Wirkungen ausgehen: Die Ausgaben werden, nicht zuletzt infolge der finanzpolitischen Maßnahmen, die inzwischen getroffen worden sind, beträchtlich zunehmen und den vorerst noch schwachen Einnahmenezuwachs erheblich überschreiten. Im weiteren Verlauf des Jahres wird der Ausgabenanstieg anhalten; die Einnahmen werden infolge der Steuerrechtsänderungen beschleunigt steigen. Die konjunkturanregenden Impulse der öffentlichen Haushalte dürften sich darum im Laufe des Jahres voraussichtlich etwas abschwächen.

Unter diesen Umständen ist mit einem befriedigenden Beschäftigungsgrad in diesem Jahr nicht mehr zu rechnen. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte noch um fast 2 vH niedriger sein als vor Jahresfrist; sie nimmt demnach konjunkturell nur wenig zu, Anlaß zur Kurzarbeit wird kaum mehr vorliegen.

Die Lohnsteigerungen werden sich weiterhin in engen Grenzen halten. Da auch für die anderen Komponenten des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte Tendenzänderungen nicht zu

erwarten sind, wird der private Verbrauch weiterhin nur schwach zunehmen. Der Anstieg des Preisniveaus wird nicht zuletzt infolge reichlicheren Nahrungsmittelangebots nochmals nachlassen.

Die internationale „Zinsabrüstung“ wird in den kommenden Monaten voraussichtlich weitere Fortschritte machen. Es ist zu erwarten, daß unter diesen Umständen auch die Deutsche Bundesbank ihren Diskontsatz erneut ermäßigt. Der Kapitalzins wird in den nächsten Monaten weiter sinken und sich wohl schließlich auf einem Niveau von etwa 6 % stabilisieren. Hierfür spricht die Vermutung, daß ein Diskontsatz von 3 % und ein Kapitalzins von 6 % von der Öffentlichkeit aufgrund der bisherigen Erfahrungen für die Bundesrepublik als „normal“ angesehen werden.

Konjunkturpolitische Überlegungen

Wenn diese Annahmen zutreffen, wird der konjunkturelle Rückgang im Laufe des zweiten Halbjahres abgefangen und die Entwicklung leicht nach

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzungen für das Jahr 1967
Wachstumsraten gegenüber dem Vorjahr in vH

	1966		1967	
	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Entstehung des Sozialprodukts, real				
Arbeitsvolumen	± 0,0	— 1,5	— 3,7	— 3,0
Erwerbstätige	— 0,3	— 0,7	— 2,7	— 2,0
Tägliche Arbeitszeit	— 0,4	— 0,5	— 1,3	— 0,3
Arbeitstage ¹⁾	0,1	— 0,3	0,3	— 0,7
Produktivität ²⁾	3,1	3,5	3,2	4,0
Bruttoinlandsprodukt	3,1	1,9	— 0,5	1,0
Einkommensbildung, nominal				
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	9,3	6,3	1,5	1,5
Nettolohn- und -gehaltssumme	7,3	4,8	0,5	0,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	2,0	1,6	— 1,0	— 1,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen ³⁾	— 0,3	2,6	1,5	— 3,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	6,3	5,6	3,0	2,5
Verwendung des Sozialprodukts, nominal				
Privater Verbrauch	8,9	5,2	2,5	2,5
Staatsverbrauch	10,4	5,8	7,5	7,0
Ausrüstungsinvestitionen	4,6	— 5,0	— 13,0	— 8,0
Bauinvestitionen	10,4	2,3	— 6,0	— 3,0
Ausfuhr	11,0	14,3	9,5	6,0
Bruttosozialprodukt	7,7	5,0	1,5	2,0
Einfuhr	8,1	1,6	— 2,0	1,0
Bruttosozialprodukt und Einfuhr	7,8	4,4	1,0	2,0
Preisniveau				
Privater Verbrauch	4,1	3,3	± 2,0	± 1,5
Ausrüstungsinvestitionen	2,2	1,6	± 0,0	— 0,5
Bauinvestitionen	2,2	1,7	± 0,0	— 0,5
Bruttosozialprodukt	4,2	3,1	2,0	1,0
Bruttosozialprodukt und Einfuhr	3,8	3,1	2,0	1,0

Anmerkung: Zahlen für 1966 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und nach eigenen Berechnungen der beteiligten Institute, Zahlen für 1967 nach Schätzungen der beteiligten Institute. — Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschließlich Saarland und Berlin (West). — Zahlen für 1967 wurden gerundet. —
¹⁾ Zahl der Arbeitstage zur Hälfte berücksichtigt. — ²⁾ Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. — ³⁾ Ohne Einkommen des Staates aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

oben gewendet werden. Eine Umkehr der Ausüstungsinvestitionen kann jedoch nicht angenommen werden; die Konjunkturwende ist somit noch nicht nachhaltig gesichert. Da andererseits die Vorbereitung und Durchführung konjunkturpolitischer Maßnahmen — wie die Erfahrungen mit dem Eventualhaushalt bestätigt haben — eine relativ lange Zeit beanspruchen, ist es zu begrüßen, daß die Bundesregierung Eventualmaßnahmen zur Absicherung der Wachstums- und Stabilitätspolitik vorsorglich vorbereiten läßt. Die gesetzliche Grundlage hierfür soll durch das im Entwurf vorliegende Gesetz zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität und des Wachstums geschaffen werden.

Wie im Eventualhaushalt sollten gegebenenfalls die Ausgaben der Verbesserung der Infrastruktur dienen, da hier nach wie vor ein hoher Nachholbedarf vorliegt. Bei einer gezielten Förderung der privaten Investitionen wäre zu befürchten, daß der vorhandene Überhang an Produktionskapazitäten vergrößert würde.

Bei der Vorstellung, weitere konjunkturpolitisch erforderliche Ausgaben wären fiskalpolitisch nicht tragbar, weil der Bundeshaushalt für längere Zeit hohe Defizite aufweise, wird übersehen, daß durch eine Verweigerung solcher Ausgaben die Vergrößerung des Defizits, ungeplant, entsteht. Eine rezessive Konjunkturentwicklung würde — wie die letzte

Vergangenheit gezeigt hat — die Entwicklung der öffentlichen Einnahmen beeinträchtigen und die Finanzwirtschaft zwingen, das ungeplante Defizit in Kauf zu nehmen.

Auch die Sorge, die eventuell notwendig werdende Steigerung der öffentlichen Ausgaben müßte die Stabilisierung des Preis- und Kostenniveaus gefährden, erscheint unbegründet, so lange freie Kapazitäten und Arbeitskräfte eine rasche Zunahme der Produktion und damit des Angebots ermöglichen. Eher kann damit gerechnet werden, daß die angestrebte Wiederbelebung der Wirtschaft die Stabilisierung des Preisniveaus von der Kostenseite her fördert, weil mit einer besseren Auslastung der Kapazitäten die Produktivität während dieser Zeit rascher steigen wird als die Lohnsätze.

Nach der Beseitigung der Unterbeschäftigung, die bei einer konsequenten Konjunkturpolitik für das Jahr 1968 erwartet werden kann, wird sich das Augenmerk wieder mehr der Entwicklung des Preis- und Kostenniveaus zuwenden müssen, damit nicht ein neuer Kosten- und Preisanstieg die Wirtschaft in den alten Zyklus von Aufschwung und Rezession zurückdrängt und ein stetiges wirtschaftliches Wachstum verhindert. Auch derartige Maßnahmen werden schon zu einer Zeit vorbereitet werden müssen, in der es noch an dem hierfür günstigen psychologischen und politischen Klima fehlt.